

#### Aktuell



#### Interview:

Der neue Chef der Armee über die materielle Bereitschaft der Armee



#### Meine Meinung:

Nationalrätin Ursula Haller über die GSoA-Exportverbots-Initiative



#### Sessionsanlass asuw:

Politik, Verwaltung und Industrie im Dialog

Interview mit Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee

## «Die Schweizer Sicherheitsindustrie ist für die Schweizer Armee zentral»

Im Gespräch mit dem asuw äussert sich der neue Chef der Armee über die Schweizerische Rüstungspolitik, die materiellen Herausforderungen der Armee und die GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten».



**Herr Korpskommandant Blattmann, die Aussage von Bundesrat Maurer, aus der Schweizer Armee die beste der Welt machen zu wollen, hat für Aufsehen gesorgt. Was bedeutet dieser Qualitätsanspruch in Bezug auf die materielle Bereitschaft der Armee?**

Die Qualität der Armee – eben der «besten Armee» der Welt – hängt von einer Reihe von Faktoren ab. So spielen zum Beispiel Faktoren wie die «Ausbildung»,

die «Doktrin», die «Organisation», das «Personal» aber auch das «Material» eine wichtige Rolle. Die Schweizer Armee hat Anrecht auf das am besten geeignete Material für ein erfolgreiches Bestehen in all ihren verschiedenen Aufträgen, von denen die Verteidigung der schwierigste Auftrag ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass das Gros der Benutzer des Materials aus der Miliz stammt.

Fortsetzung Seite 2

#### Editorial



### Eine unabhängige Sicherheitspolitik verlangt eine eigene Industriekapazität

In den letzten beiden Ausgaben des asuw-Newsletter FOKUS haben wir am Beispiel von zwei hochspezialisierten Schweizer KMUs gezeigt, welche schmerzlichen Auswirkungen die Annahme der GSoA-Exportverbots-Initiative hätte: Beide Firmen müssten – wie zahlreiche weitere Unternehmen – zwangsläufig Arbeitsplätze aus der Schweiz ins benachbarte Ausland verlagern.

Neben den Arbeitsplätzen gingen mit dem Ende der Schweizer Wehrtechnik-Industrie auch wertvolle Technologiekompetenzen verloren. Diese lassen sich auf zahlreiche zivile Produkte übertragen. Dieser zivil-militärische Wissenstransfer ginge mit der Annahme der Initiative verloren. Das Know-how der wehrtechnischen Industrie ist aber nicht nur für den Industriestandort Schweiz, sondern auch für die nationale Sicherheit wichtig. Das Systemwissen ist für die materielle Bereitschaft der Schweizer Armee unentbehrlich – sowohl bei der Rüstungsbeschaffung, bei der Ausbildung, der Bereitstellung wie auch beim Unterhalt.

Fortsetzung Seite 2

## Fortsetzung Editorial

*Eine Annahme der GSoA-Initiative würde den Aufwuchs obsolet machen. Das hätte Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik: Ohne Exportmöglichkeit keine Schweizer Wehrtechnik-Industrie, ohne eigene Schweizer Industriebasis kein glaubwürdiger Aufwuchs, ohne Aufwuchs keine unabhängige Sicherheitspolitik.*

*Was für Friedenszeiten gilt, muss in einer sich verschärfenden Sicherheitslage noch viel stärker gelten. Die Hoffnung, man könne sich im Ausland die nötige Ausrüstung beschaffen, ist trügerisch. Im Bedrohungsfall kümmert sich jeder Staat verständlicherweise zuerst um die eigenen Bedürfnisse.*

*Natürlich kann die heimische Wehrtechnik-Industrie die materielle Bereitschaft der Schweizer Armee heute nicht autark sicherstellen. Aber erstens sinkt mit dem Ausmass an Selbstversorgung der Grad, zu dem die Schweiz im Krisenfall auf andere Staaten und ausländische Unternehmen angewiesen wäre. Und zweitens stärkt die funktionierende Industriebasis die Handlungsfähigkeit der Schweiz dadurch, dass sie zu einem gewissen Grad eine einseitige Abhängigkeit durch gegenseitige Abhängigkeiten ersetzt.*

*Kurz: Ein Exportverbot für wehrtechnische Güter vernichtet Tausende von Arbeitsplätzen und gefährdet die erfolgreiche unabhängige Schweizer Sicherheitspolitik.*



**Bruno Frick**  
Ständerat, Präsident asuw

## Fortsetzung Artikel Seite 1

**Wie können wichtige Beschaffungsvorhaben künftig wieder mehrheitsfähig gemacht werden?**

Zuerst einmal habe ich den persönlichen Wunsch, dass wieder sachlich über die Armee diskutiert und debattiert wird. Die Zeit muss vorbei sein, in der die Armee der «Spielball der Politik» ist. Wichtig für die Armee sind letztlich ihre breite Akzeptanz in der Bevölkerung und somit letztlich auch ein Konsens zu einer modernen und auf den Einsatz ausgerichtete Ausrüstung. Mit einer breiten Diskussion über die Armee, einer grösstmöglichen Transparenz und einem frühzeitigen Einbezug der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft und auch der Milizorganisationen in Fragen der Sicherheitspolitik und auch einem persönlichen Engagement all jener, die für eine moderne und zeitgemässe Schweizer Milizarmee stehen, werden Beschaffungsvorhaben wieder mehrheitsfähig.

**Welche Bedeutung messen Sie der einheimischen Wehrtechnik-Industrie für die Sicherheitspolitik der Schweiz bei?**

*«Die einheimische Industriebasis stützt das Aufwuchskonzept.»*

Eine hohe Bedeutung, ganz klar! Die Schweizer Sicherheitsindustrie ist für eine Schweizer Armee zentral. Mit einer zeit- und situationsgerechten Rüstungspolitik kann die Schweizer Industriebasis in sicherheitsrelevanten Bereichen gestärkt werden. Dabei geht es nicht um «Heimatschutz». Das können wir uns in einem Umfeld, in dem keine «Silber-Medaillen» verteilt werden, sondern nur der Sieg zählt, nicht erlauben.

Dank hervorragenden Produkten in Nischenbereichen sind verschiedene Schweizer Firmen «fit» für den internationalen Markt und deshalb entsprechend gut positioniert. Das hohe Qualitätsniveau, ihre sprichwörtliche Zuverlässigkeit und auch Innovation zeichnen diese Produkte aus. Damit dies so bleibt, müssen jedoch die politischen Rahmenbedingungen in der Gesetzgebung auch stimmen. Nur so ist es weiterhin für unsere leistungsfähige Industrie möglich, als attraktiver, internationaler Partner in ausgewählten Technologiefeldern zum Zuge zu kommen. Nicht vergessen dürfen wir in dieser Betrachtung auch, dass dadurch auf dem Denk- und Werkplatz Schweiz qualifizierte Arbeitsplätze erhalten bleiben.



Die Schweizer Industrie stellt Güter für den zivilen und militärischen Gebrauch her und ist auf Absatzmärkte im Ausland angewiesen. Im Bild der Bau von Rumpfteilen für den Airbus A320 bei der RUAG. © RUAG



***Eine der neun Stossrichtungen besagt, dass die Schweizer Armee eng mit Wirtschaft und Wissenschaft zusammenarbeiten soll. Können Sie uns einige Beispiele von solchen Kooperation nennen?***

Die Schweizer Industrie wird durch Investitionen und Einbindung in Forschung und Entwicklung gestärkt. Die Schweizer Armee als Kundenreferenz und «Benchmark» kann die heimische Sicherheitsindustrie in ihre internationalen Bemühungen unterstützen. In Bezug auf die Wissenschaft nenne ich drei Beispiele. Erstens: Absolventen des Bataillonskommandanten- oder des Stabslehrganges erhalten von der Hochschule für Wirtschaft Luzern (HSW) seit Mitte 2007 je nach MBA-Kurs eine bestimmte Anzahl ECTS-Punkte gutgeschrieben. Zweitens: Die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Chur (HTW) rechnet Generalstabsoffizieren für ihr MBA die Hälfte des Kurses an. Ein Stabsoffizier kann somit je nach zivilem Lehrgang an der HSW oder der

HTW Geld und Zeit sparen, wenn er eine zivile Managementausbildung anstrebt. Die entsprechenden Verträge wurden im Frühjahr 2007 unterzeichnet. Drittens: Dank der langjährigen Partnerschaft mit der ETH Zürich kann ein Berufsoffizier seit 2006 die gesamte akademische Laufbahn – vom Bachelor-, dem Master- und dem Doktorlehrgang bis hin zum Master of Advanced Studies in Security Policy and Crisis Management – durchlaufen. Unsere Armee wird um diese Möglichkeiten von anderen Streitkräften in Europa beneidet.

***Inwieweit hat die geschrumpfte Schweizer Industriebasis mit der Armee XXI, Auswirkungen auf den Entwicklungsschritt 08/11 und das Aufwuchskonzept?***

Der Aufwuchs ist nur dann in einigemmassen vernünftigen Zeiträumen möglich, wenn nötiges Material beschafft werden kann und der Entscheid dazu, zum richtigen Zeitpunkt fällt. Bei Industrien in der Schweiz ist die Gewissheit stärker, dass Aufträge der Schweizer Armee Priorität hätten. Eine einheimische Industriebasis stützt also das Aufwuchskonzept, und damit ermöglicht sie grosse Einsparungen – wenn wir ständig für den schlimmsten Fall vorbereitet sein müssten, müssten wir mehr Mittel haben. Die beste Voraussetzung für einen möglichen Aufwuchs ist die kontinuierliche Beschaffung genügender Systeme im Rahmen der Planung der Armee.

***Welche Chancen bietet die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeugs für die Schweizer Industrie?***

In der TTE-Beschaffung ist die Industriebeteiligung eines von vielen Evaluationskriterien. Was sind die Vorteile einer Industriebeteiligung? Die Schweizer Industrie erhält Zugang zu Spitzentechnologie und kann ein entsprechend hohes technologisches Know-how erhalten und aufbauen. Wir haben die TTE-

Hersteller-Firmen dazu eingeladen, industrielle Kooperation mit Schweizer Firmen aufzubauen. Zusätzliche Aufträge an Schweizer Firmen im Umfang der Beschaffungskosten sind Teil des Vertrages und fliessen in die Beurteilung der Offerten als Gesamtpaket mit ein.

***Ende Jahr oder Anfang 2010 kommt die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» zur Abstimmung. Welche Auswirkungen hätte eine Annahme auf die nationale Sicherheit?***

Die Wehrindustrie in der Schweiz kann nur dann bestehen, wenn sie Märkte im

***«Die GSoA-Initiative läuft unseren nationalen Sicherheitsinteressen direkt zuwider.»***

Ausland hat – der Heimmarkt ist zu klein für effiziente Produktion. Die Abstimmung über das Verbot von Kriegsmaterialexporten ist damit de facto eine Abstimmung darüber, ob wir weiterhin eine Wehrindustrie in der

Schweiz haben wollen. Wenn das nicht mehr der Fall sein sollte, wären wir bei sich zuspitzenden Krisen für Zulieferungen vollständig von anderen Staaten abhängig. Dies läuft unseren nationalen Sicherheitsinteressen direkt zuwider.

***Was bedeutet dies konkret für die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee?***

Wegen der globalen Verflechtung der Schweizer Industrie besteht eine hohe Auslandsabhängigkeit. Neben Know-how-Verlust ergeben sich höhere Kosten, da nicht nur Material, sondern auch Leistungen vermehrt im Ausland eingekauft werden müssten. Auf die Einsatzbereitschaft in normalen Zeiten hätte dies kaum Auswirkungen, wohl aber in Krisenlagen oder bei einem Aufwuchs. Wir können die Armee – und die Beschaffung von Ausrüstung und Bewaffnung für die Armee, nicht nur auf Schönwetterperioden ausrichten – die Armee ist gerade dann gefragt, wenn die internationale Lage düster ist.



GSoA-Exportverbots-Initiative

## Nutzlos im Ausland, schädlich in der Schweiz

*Die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» löst keinen einzigen Konflikt auf der Welt. Sie fügt aber der Schweizer Wirtschaft einen grossen Schaden zu und zerstört über 10 000 Arbeitsplätze. Gleichzeitig gefährdet die Initiative die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee.*

Die Förderung von Frieden und Sicherheit in der Welt und die Wahrung der Menschenrechte sind zu Recht zentrale Pfeiler der schweizerischen Aussenpolitik. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Schweiz eine pragmatische Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik mit dem Ziel der nationalen und internationalen Sicherheit. Die Schweiz betreibt gemessen am Volumen ihres Aussenhandels im Bereich der Wehrtechnik eine im internationalen Vergleich restriktive Exportpolitik. Die entsprechenden Gesetzesgrundlagen – das Kriegsmaterialgesetz und das Güterkontrollgesetz – und die durchdachten und transparenten Bewilligungs- und Kontrollmechanismen tragen den aussen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen unseres Landes in ausgewogener Art und Weise Rechnung.

### **Exportverbot bringt keinen Weltfrieden**

Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), zusammen mit der SP, den Grünen und Teilen der Gewerkschaften, führt die Bevölkerung mit der Behauptung, ihre Exportverbots-Initiative würde mehr Frieden bringen, in die Irre. Ein Ausfuhrverbot für wehrtechnische Güter ist schon allein deshalb nutzlos, weil der Schweizer Anteil am internationalen Rüstungsmarkt minim ist (2006: 0,7 Prozent). Weltweit würde kein einziger Rappen weniger für Rüstung ausgegeben, kein einziger Konflikt würde gelöst. An die Stelle der Schweizer Hersteller würden der internationale Waffenhandel und ausländische Profiteure treten,



Nationalrätin Ursula Haller\*

welche nicht annähernd so strengen Kontrollmechanismen unterstehen. Der leidgeprüften Zivilbevölkerung in den Konfliktgebieten der Welt ist damit nicht geholfen.

### **10 000 Arbeitsplätze gefährdet**

Die Konsequenzen für die Schweizer Volkswirtschaft hingegen wären gravierend: Weil der Bedarf der Schweizer Armee für eine wirtschaftliche Produktion schlichtweg zu klein ist, ist die heimische Wehrtechnik-Industrie zwingend auf Exporte angewiesen. Mit einem Exportverbot würden ein innovativer Industriezweig und seine Zulieferbetriebe zerstört. Die Folgen hätten die Kleinen auszubaden: Die

über 10 000 auf dem Spiel stehenden Arbeitsplätze verteilen sich auf rund 550 Unternehmen, die meisten davon KMU in der ganzen Schweiz. Als Beispiel sei hier der Standort Thun erwähnt: Im Berner Oberland sichern die wehrtechnischen Unternehmen und ihre Zulieferer rund 1 100 Arbeitsplätze. Fast zwei Drittel davon sind direkt vom Export abhängig. Eine Annahme der Exportverbots-Initiative setzt diese wertvollen Arbeitsplätze leichtfertig aufs Spiel. Dies ist für mich als Gewerbevertreterin und Vizestadtpräsidentin der Stadt Thun inakzeptabel.

### **Unabhängige Sicherheitspolitik auf dem Spiel**

Neben dem volkswirtschaftlichen Schaden wirkt sich die GSoA-Initiative auch auf die nationale Sicherheit negativ aus. Die Schweiz würde sicherheitstechnisches Know-how verlieren und vollständig in die Abhängigkeit von ausländischen Rüstungsindustrien geraten.

Ein Exportverbot für wehrtechnische Güter bringt keinen Frieden. Es gefährdet vielmehr Tausende von hochqualifizierten Arbeitsstellen und die nationale Sicherheit.

\* Ursula Haller, Vizestadtpräsidentin Thun, BDP-Nationalrätin, Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission und des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (asuw).

## Sessionsanlass des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik vom 3. März 2009



Zu Beginn der Frühjahrsession diskutierten Vertreter aus Verwaltung, Industrie und Politik über die Exportverbots-Initiative der GSoA. Es referierten SECO-Direktor Jean-Daniel Gerber, Peter Huber, CEO der Vibro-Meter SA, Rüstungschef Jakob Baumann und economiesuisse-Präsident Gerold Bühler. Es herrschte Einigkeit darüber, dass eine Annahme der Initiative gravierende Folgen für die Schweizer Wirtschaft hätte.

GSoA-Exportverbots-Initiative

### Halb- und Unwahrheiten (Teil 3)

Der Bundesrat hat in der Botschaft zur Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» vom 27. August 2008 auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines Exportverbots beurteilt. Er stützt sich dabei auf eine Studie des renommierten Instituts BAK Basel Economics.

Die Initianten stellen die Anzahl der gefährdeten Arbeitsplätze in Abrede – zum Beispiel auf ihrer Internetseite, in der GSoA-Zeitung oder in Online-Diskussionsforen. Sie behaupten, es seien «nur gut» 5 000 Arbeitsplätze betroffen.

#### Richtig ist:

Die 5 132 von BAK Economics ermittelten Erwerbstätigen sind direkt oder indirekt (Zulieferbetriebe) in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Die Initianten verschweigen, dass in dieser Zahl die unweigerlichen negativen Auswirkungen auf die Herstellung und den Handel von zivilen und Dual-Use-Gütern noch nicht enthalten sind. In der Botschaft des Bundesrats heisst es, dass sich «diese Zahl ohne Weiteres verdoppeln könnte».

**Es stehen also tatsächlich über 10 000 hoch qualifizierte Arbeitsplätze in rund 550 Firmen, davon zahlreiche KMU in der ganzen Schweiz, auf dem Spiel.**

*Fortsetzung folgt im nächsten asuw-FOKUS...*

GKG-Revisionsvernehmlassung

## Breite Kritik an Gesetzesverschärfung

Der Entwurf zur Revision des Güterkontrollgesetzes (GKG) sieht vor, dass der Bundesrat künftig Ausfuhrgesuche für Dual-Use-Güter verweigern kann, wenn er glaubt, dass «die Wahrung wesentlicher Interessen des Landes» dies erfordere. Diese Verschärfung wird von Parteien und Wirtschaftsvertretern in der Vernehmlassung kritisiert.

Der Wirtschaftsdachverband *economiesuisse*, der Branchenverband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie SWISSMEM, der Schweizerische Gewerbeverband SGV und der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) erachten die geplante Verschärfung der Exportkon-

trolle als unnötig. FDP und SVP befürchten einen Standortnachteil für die Schweiz und erachten sie als rechtlich sowie politisch unnötig und unbegründet. Das Centre Patronal sowie die *Groupe romand pour le matériel de défense et de sécurité* (GRPM) lehnen die geplante Revision aus den gleichen Gründen ab.

GSoA-Exportverbots-Initiative

## Klare Ablehnung durch den Nationalrat

Der Nationalrat hat am 12. März 2009 die GSoA-Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ohne Gegenvorschlag abgelehnt. Für den Nationalrat ist klar, dass die Ausfuhr von wehrtechnischen Gütern nicht verboten werden darf.

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw) begrüsst diesen Entscheid, der die zentrale Bedeutung einer heimischen wehrtechnischen Industrie für die Sicherheitspolitik und die schädlichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Initiative berücksichtigt.

## Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw)

### Unsere Ziele

Die Mitglieder des Arbeitskreises haben eine realistische, auf die heutigen Gefahren und Chancen zugeschnittene Sicherheitspolitik zum Ziel. Sie setzen sich dafür ein, dass die Schweizer Politik die zur Umsetzung nötigen materiellen, personellen und technologischen Ressourcen sicherstellt.

Insbesondere ist den Mitgliedern der Erhalt einer adäquaten Industrie- und Technologiebasis für die materielle und technologische Bewältigung der künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen ein Anliegen.

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder wollen insbesondere:

- mit geeigneter Aufklärung dazu beitragen, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedeutung einer adäquaten nationalen Wehrindustrie als Teil der Schweizer Industriebasis im Bewusstsein von Gesellschaft und Politik zu verankern;
- die Schweizer Politik dazu anhalten, ausreichende industrielle Kapazität in der Schweiz zu erhalten und die Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass wirtschaftliche Unternehmensführungen im Bereich Wehrtechnik weiterhin möglich sind;
- sich für gesetzgeberische Rahmenbedingungen einsetzen, welche der Schweizer Wehrindustrie in staatlichem oder privatem Besitz die wirtschaftliche Existenz in der Schweiz ermöglichen.

### Unsere Leistungen

Der Arbeitskreis und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele durch Informationsarbeit in Form von:

- Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen,
- Vorträgen, Informationsanlässen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

### Unsere Finanzierung

Der Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik finanziert sich durch Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Unsere Publikationen  
Finden Sie unter: [www.asuw.ch](http://www.asuw.ch)

Redaktion und Umsetzung:  
Geschäftsstelle asuw

Sie erreichen uns unter:  
Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (asuw),  
Postfach 65, 8024 Zürich  
Internet: [www.asuw.ch](http://www.asuw.ch), E-Mail: [info@asuw.ch](mailto:info@asuw.ch)  
Telefon: 044 266 67 46 oder Fax: 044 266 67 00

### Unser Präsidium

Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ

### Unsere Mitglieder

J. Alexander Baumann, Nationalrat SVP, TG  
Stefan Bieri, ehem. ETH-Ratspräsident  
Hans-Ulrich Bigler, Direktor Schweizerischer Gewerbeverband (SGV)  
Markus Blass, Präsident SOGART  
Peter Briner, Ständerat FDP, SH  
Rolf Büttiker, Ständerat FDP, SO  
Hermann Bürgi, Ständerat SVP, TG

Hervé De Weck, ehem. Chefredaktor RMS  
Josef Dittli, Regierungsrat FDP, UR  
Corina Eichenberger, Nationalrätin FDP, AG  
Eduard Engelberger, Nationalrat FDP, NW  
Charles Favre, Nationalrat FDP, VD  
Peter Forster, Chefredaktor Schweizer Soldat  
Jean-René Fournier, Ständerat CVP, VS  
Bruno Frick, Ständerat CVP, SZ  
Ursula Haller, Nationalrätin BDP, BE  
Ernst Hasler, alt Regierungsrat SVP, AG  
Brigitte Häberli-Koller, Nationalrätin CVP, TG  
Stefan Holenstein, KOG ZH  
Gabi Huber, Nationalrätin FDP, UR  
Markus Hutter, Nationalrat FDP, ZH  
Robert Keller, alt Nationalrat SVP, ZH  
Daniel Lätsch, Direktor MILAK  
Arthur Liener, Generalstabschef a D  
Filippo Lombardi, Ständerat CVP, TI  
Peter Malama, Nationalrat FDP, BS  
Werner Messmer, Nationalrat FDP, TG  
Christian Miesch, Nationalrat SVP, BL  
Walter Müller, Nationalrat FDP, SG  
Guy Parmelin, Nationalrat SVP, VD  
Urs Ramseier, Präsident Schweizerische Gesellschaft Technik und Armee (STA)  
Stéphane Rezso, Unternehmer  
Urs Rinderknecht, Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft (VSWW)  
Jean-François Rime, Nationalrat SVP, FR  
Ulrich Schlüer, Nationalrat SVP, ZH  
Carlo Schmid-Sutter, alt Ständerat CVP, AI  
Johann N. Schneider-Ammann, Nationalrat FDP, BE  
Pius Segmüller, Nationalrat CVP, LU  
Luzi Stamm, Nationalrat SVP, AG  
Philippe Stähelin, Ständerat CVP, TG  
Christian Wasserfallen, Nationalrat FDP, BE  
Andreas Richner, Geschäftsführer